



14. Juni 2007

Kommunale Friedensarbeit in Braunschweig Kulturelle Kompetenz und Toleranz als Schlüssel zum Weltfrieden

von Michael Walther

Am 07. Juni 2007 fand organisiert durch das Friedensbündnis Braunschweig eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kommunale Friedensarbeit“ im *Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung* statt. Auf dem Podium diskutierten, neben der Initiatorin Dr. Ute Lampe, Waltraut Ochmann (CDU), Nicole Palm (SPD) und Burkhard Plinke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Einen Einführungsvortrag gab Margret Poggemeier vom *Büro für Friedenskultur* der Stadt Osnabrück.

Friedenskultur in Osnabrück ist vor allem Förderung von Toleranz und Wertschätzung

Margret Poggemeier erläuterte den Prozess zum Titel Osnabrücks („Stadt des Friedens“). Bezug nehmend auf den Westfälischen Frieden, der in Münster und Osnabrück im Jahre 1648 vom römisch-deutschen Kaiser Ferdinand III und Frankreich und Schweden geschlossen wurde, baut die Stadt auf eine Tradition der Friedensstiftung auf. Vor allem seit dem II. Weltkrieg engagierte sich die Bürgerschaft stark, so dass bis heute zahlreiche überregional bedeutende Institutionen der Friedensforschung und Friedensstiftung in Osnabrück beheimatet sind (Felix-Nussbaum-Haus, Zentrale terre des hommes, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Erich Maria Remarque-Friedenszentrum).



Ein wichtiger Baustein der nach innen gerichteten Friedenspolitik stellt dabei eine aktive und als Querschnittsaufgabe verstandene Migrations- und Integrationspolitik dar. Bereits zur Zeit der so genannten „Gastarbeiter“ wurde Zuwanderung als Chance für die Stadt gesehen. Osnabrück erarbeitete als eine der ersten Kommunen bundesweit einen Ausländerplan und führte den Ausländerbeirat ein. Die aktive interkulturelle Toleranzpolitik wird von einer breiten Bürgerschaft getragen und hat zu einem Bewusstseinswandel in der Gesellschaft geführt.

Frau Poggemeier spricht zu recht stolz von einer Kultur des Hinsehens, zu der es selbstverständlich gehört, gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus einzutreten.

Einer der wichtigsten Bausteine für die nach innen gerichtete Friedenskultur ist die Förderung der Toleranz- und Konfliktkultur. Die gesellschaftliche Vielfalt Osnabrücks wird als Bereicherung wahrgenommen. Zur Förderung der kulturellen Offenheit wurden alle städtischen Angestellten sowie das Fahrpersonal der öffentlichen Verkehrsbetriebe in interkulturellen Trainings geschult.

Vor allem Verantwortungsträger in der städtischen Verwaltung haben eine hohe Ressourcenverantwortung. Das bedeutet, sie beeinflussen die Mittelvergabe über die ebenfalls Einfluss auf die kulturelle Vielfalt genommen wird.

Osnabrück überarbeitet regelmäßig ein Handlungskonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten, bildet Konflikt- und Integrationslotsen aus, hat einen runden Tisch der Religionen eingerichtet und startete ein Mentoringprogramm, um Migrantinnen und Migranten auf Führungspositionen vorzubereiten.



Frau Poggemeier stellte am Ende auch den ökonomischen Vorteil dieser Arbeit dar:

- das geistige und offene Klima ist ein nicht zu unterschätzender weicher Standortfaktor bei der Ansiedlung von Betrieben (vor allem auch international agierender)
- die interkulturelle Arbeit führt zu einer hohen sozialen Stabilität
- wirkt sich spürbar auf die gefühlte innere Sicherheit aus (Menschen anderer Hautfarbe oder kultureller Hintergründe werden weniger als Bedrohung angesehen)
- die höhere Akzeptanz und Wertschätzung aller Kulturen führt zu einer Förderung von Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten. Sie haben im Bundesvergleich bessere Schulabschlüsse

Eine weitere Strategie ist, junge Menschen von Anfang an für die Friedenskultur zu sensibilisieren. Jährlich wird beispielsweise die Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am 09. November 1938 durch eine Schule vorbereitet. Damit findet eine aktive Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, insbesondere dem Nationalsozialismus statt. Ein zunehmender Rechtsradikalismus ist in Osnabrück kein Thema.

Das Modell Osnabrück – übertragbar auf Braunschweig?

Waltraut Ochmann stellt in ihrem anschließenden Statement fest, dass Braunschweig eine Stadt der Wissenschaft und nicht eine Stadt des Friedens ist. So hat jede Stadt ihre Schwerpunkte. Leider blieb sie eine Antwort darauf schuldig, warum das Eine das Andere ausschließt. Braunschweig ist ein renommierter Forschungsstandort, der vor allem auch von internationalen Kontakten lebt und profitiert. Eine Förderung interkultureller Kompetenzen ist meiner Meinung nach kein Widerspruch.

Sie erläuterte weiter, dass die Wahrung des inneren Friedens auch für sie wichtig sei. Frau Ochmann sieht die Braunschweiger Friedenskultur auf zwei Pfeilern stehen: Der Erinnerungskultur und in der Einrichtung und Pflege von Gedenkstätten.

Derzeit wird außerdem ein Leitbild zu Integration in Braunschweig entwickelt. Das dazu einberufene Forum wird die Ergebnisse nach Abschluss der Beratungen vorstellen. Im Ausschuss für Integrationsfragen würden darüber hinaus regelmäßig über die Probleme in Braunschweig beraten.

Als letzte Bausteine erwähnt Frau Ochmann den *Braunschweiger Appell*, den alle Bürgerinnen und Bürger unterzeichnen können, um ein persönliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Nicole Palm, als Mitglied des Braunschweiger Friedenszentrums, machte auch das starke bürgerliche Engagement der Braunschweigerinnen und Braunschweiger in den 1980er Jahren aufmerksam. Seit dieser Zeit ist Braunschweig auch im Zusammenschluss der „Mayors of Peace“ (Bürgermeister für den Frieden). Diese Mitgliedschaft wird von Seiten des Oberbürgermeisters nicht aktiv bedient, sie ruht unter Hoffmann mehr oder weniger.



Eine Braunschweiger Friedensinnenpolitik versteht Frau Palm als Querschnittsaufgabe. In allen Politikfeldern und in allem Verwaltungshandeln müssen Integration und Auswirkungen auf die unterschiedlichen Kulturen mitgedacht werden.

Burkhard Plinke stellte heraus, wie stark vor allem finanzielle Ressourcen der aktiven Gruppen in der Friedensarbeit und der interkulturellen Arbeit minimiert wurden. Er thematisierte die Namensgebung eines Kriegsschiffes, der Fregatte Braunschweig, die naturgemäß kein Zeichen des Friedens aus der Stadt Braunschweig heraus sendet. Die Patenschaft zu diesem Schiff hat trotzdem ein Braunschweiger Kindergarten übernommen!

Herr Plinke fordert deutlich mehr aktive Beiträge von Seiten der Verwaltung ein, um solch einer Symbolik Taten entgegen zu setzen. Gespannt wartet er auf das Konzept des *Schlossmuseums*, dass in seiner inhaltlichen Konzeption die sehr kriegerische und nationalsozialistische Vergangenheit Braunschweigs aufarbeiten kann.

Einig waren sich alle, dass das Modell „Friedenstadt“ nicht einfach übertragbar ist. Die gebotenen Möglichkeiten, Braunschweig auf diesen Weg zu führen, werden nicht begangen und viele Potentiale liegen brach.

Ein kleiner Anfang ist immerhin ein Anfang!

Die Moderatorin des Abends fasste die Diskussion und die Beiträge aus dem Auditorium mit einer beeindruckenden Erkenntnis zusammen: Es gibt eine Menge Aktivistinnen und Aktivisten in dieser Stadt, die zu diesem Thema arbeiten, aber es fehlt eine Kultur der Anerkennung und Würdigung der geleisteten Arbeit. Die zahlreichen Wortmeldungen und Beiträge drücken eine große Kränkung und gefühlte Missachtung dieser Arbeit aus.

Als ein Schlüssel zum Erfolg wird immer wieder Partizipation genannt, doch die Ausführung partizipativer Prozesse wird dabei nicht weiter thematisiert: Die Gestaltung und Rahmensetzung von Partizipation ist zeitaufwendig und arbeitsinten-

siv, zugleich bedarf es einer neutralen und sehr guten Moderation. Natürlich werden hier konträre Meinungen verhandelt. Die mehrheitlich befürworteten Ergebnisse werden aber in der Regel von einer breiten Mehrheit akzeptiert und getragen. Die Gesamtzufriedenheit und die politische Tragfähigkeit bauen auf einem breiten Konsens auf.

Braunschweig kann sehr wohl Anfänge für eine Friedensarbeit leisten. Hier sei vor allem eine fundierte Sozialpolitik in den Fokus gestellt. Auch in Braunschweig ist der kulturelle Hintergrund häufig mit einer sozioökonomisch schwachen Struktur gekoppelt. Migrantinnen und Migranten, die einen sozialen Aufstieg geschafft haben, gelten allgemein nicht als „schlecht“ integriert. Aus diesem Grund sind die sozialen Defizite durch geeignete Maßnahmen zu stabilisieren.

Ihre Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern ist eine große Herausforderung.



Wichtig hierbei sind Vorbilder, die repräsentieren, dass ein sozialer Aufstieg für Angehörige kultureller oder ethnischer Minderheiten möglich ist. Das Programm „Soziale Stadt“ bietet erste Maßnahmen an, die von Seiten der Stadt institutionalisiert werden müssen. Integrationspolitik wird eine Daueraufgabe bleiben.

Da die sozialen Problemquartiere im Vergleich einen hohen Migrationsanteil aufweisen, ist hier ein besonderes Engagement zum sozialen Frieden geboten. Das aktuell diskutierte Schulsanierungsprogramm muss dahingehend analysiert werden, ob die zur Verfügung stehenden Mittel gleichberechtigt auf alle Schulformen verteilt werden. Bundesweit fließen paradoxerweise mehr Mittel in die Gymnasien als in die Hauptschulen, die unbestritten die meisten Probleme aufzeigen.

Die Idee des Sozialpasses greift den Gedanken ebenfalls auf, sozial schwachen Menschen und Familien die Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern. Die Investition in diesen Pass ist eine Präventionsarbeit, die auf Dauer zur sozialen Stabilität beitragen wird.

Das von Frau Poggemeier erwähnte Mentoringprogramme bereitet Menschen anderer kultureller Herkunft auf die Übernahme von Führungspositionen vor. Die kulturelle Vielfalt einer Stadt muss sich in allen Entscheidungsstrukturen der Stadt abbilden. In Braunschweig sind Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen weder in Führungsebenen der Verwaltung noch in den Ausschüssen (mit Ausnahme des Ausschuss für Integrationsfragen) vertreten.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die selbstverständliche Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für kulturelle Vielfalt. Es ist in der heutigen Zeit nicht mehr möglich, aufgrund der äußeren Erscheinungen auf die Nationalität eines Menschen zu schließen. Dennoch spricht die Mehrheitsgesellschaft häufig von den „türkischen Kids“ oder den „Ausländerkindern“. Diese Stigmatisierung aufgrund äußerer Merkmale nehmen diese Kinder und Jugendlichen irgendwann an. Es

wird vernachlässigt, dass sie in Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden sind, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und damit allen Rechten und Pflichten unterliegen. Die Stigmatisierung gibt ihnen aber das Gefühl, nicht gleichberechtigte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu sein. Politik und Verwaltung sowie öffentliche Institutionen sowie die Presse haben hier eine Vorbildfunktion, diese Kausalketten aufzubrechen.



Das von Frau Poggemeier vorgestellte Konzept, Schulen die Feierlichkeiten zum Gedenken an die Reichspogromnacht vorbereiten zu lassen, ist ein wirkungsvoller und einfacher Beitrag, für das Thema kulturelle Vielfalt und Religionsfreiheit zu werben und damit gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus einzutreten.

Letztendlich ist in Verwaltung und Politik in Braunschweig eine Öffnung für kulturelle Vielfalt weder sichtbar noch spürbar. Für eine sich als international offene Forschungsregion repräsentierende Stadt ist das ein Armutszeugnis. Von Seiten der Verwaltungsspitze sind Maßnahmen zur Öffnung der Verwaltung zu treffen: Verpflichtende interkulturelle Trainings für alle Verwaltungsangestellte sind der erste Schritt. Im zweiten die Entscheidungsstrukturen auf ihre kulturelle Wirkung hin zu prüfen. Im letzten Schritt sind die einzelnen Referate aufgefordert, ihre Außendarstellung und ihren Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern kritisch zu prüfen und für interkulturelle Ansprache zu optimieren. Der Mehrwert wird darin liegen, viele häufig kulturell begründete Konflikte ausräumen zu können. Das wirkt sich auf die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch auf die beratenen Bürgerinnen und Bürger aus. Und ganz nebenbei steigt damit das Image Braunschweigs als kulturell offene Stadt.

Unbestritten bleibt, dass auch finanzielle Mittel zur Unterstützung der Einzelinitiativen notwendig sind. Die Oppositionsparteien fordern in diesem Punkt geschlossenen mehr Unterstützung ein. Verschiedene Braunschweiger Einrichtungen (beispielsweise die ARUG) brauchen eine Institutionalisierung, um ihre wichtige Arbeit leisten zu können. Das sind Investitionen in den sozialen Frieden und in ein tolerantes gesellschaftliches Miteinander, die letztendlich unschätzbare weiche Standortfaktoren sind.

Der Weg ist lang. Irgendwann müssen wir anfangen ihn zu gehen.